
Teilhabe und Inklusion – Konzepte für Migrant/inn/en am Arbeitsmarkt?

Workshop »Inklusion - eine Worthölse oder
neues integrationspolitisches Leitbild«
IQ-Kongress 2014, 4./5. Februar 2014, Berlin

■ Warum Begriffe wichtig sind

■ Gleichstellungspolitik braucht normative Bezugspunkte

- Ungleichheit ist Vielfalt, die eine gesellschaftliche Gleichheitsnorm verletzt
- »Ausgrenzung« verlangt einen positiven Gegenbegriff

■ Leitbegriffe begründen Ansprüche auf sozialstaatliche Intervention

- Wie viel Ungleichheit akzeptieren Institutionen?
- Welche Benachteiligungen lösen korrigierende Eingriffe aus?

■ Politische und wissenschaftliche Diskurse sind lose gekoppelt

- Aufnahme und (Um-)Deutung von Begriffen lassen sich nicht wissenschaftlich kontrollieren

■ Zwei Aufgaben von Wissenschaft

- »Anstrengung des Begriffs« – geklärte Begriffe anbieten
- Rekonstruktion normativer Inhalte von Rechtsbegriffen und Diskursen

-
- **Teilhabe und Inklusion – Stationen einer Begriffsgeschichte – bis 2009**

 - **Gleichberechtigte Teilhabe – Rechtsbegriff seit 2001**
 - SGB IX - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen:
 - Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft für behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen
 - WHO 2001 – Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF)
 - »participation« - Einbeziehung in Funktionen der Lebensführung

 - **Teilhabe und Inklusion – UN-Behindertenrechtskonvention 2009**
 - »volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung (inclusion) in die Gesellschaft«
 - Barrierefreiheit – Wechselwirkung zwischen persönlichen Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren

-
- **Teilhabe und Inklusion – Stationen einer Begriffsgeschichte – seit 2009**

 - **Teilhabe als Rechtsbegriff in der Grundsicherung**
 - Bundesverfassungsgericht 2010: Existenzminimum schließt »Mindestmaß an Teilhabe« ein
 - Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche 2011
 - **Durchsetzung inklusiver Schulentwicklung statt Sonderpädagogik**
 - **Aktionspläne und Ansätze örtlicher Teilhabeplanung**
 - »inklusives Gemeinwesen«: barrierefreies Lebensumfeld für Menschen mit und ohne Behinderungen
 - **Initiative Inklusion 2011 – 2018 (BMAS, BA, Länder)**
 - Mehr schwerbehinderte Menschen in reguläre Arbeitsverhältnisse
 - **»Inklusive Sozialplanung« (VSOP 2012)**
 - Gestaltungsprinzip für alle Menschen in benachteiligenden Lebenslagen
 - **»Inklusive Institutionen« (Acemoglu/ Robinson 2013)**
-

■ Teilhabe als gemeinsamer Leitbegriff

■ Aktiver Wohlfahrtsbegriff: Menschen gestalten ihre Teilhabe

- Möglichkeit, in sozialen Beziehungen ein persönlich als sinnvoll erkanntes Leben zu führen
- Zielfunktion nicht allein Versorgung: soziales Handeln ermöglichen

■ Individuelle Norm gesellschaftlicher Wohlfahrt

- Individuell planbare Lebensführung über Reproduktion der Arbeitskraft hinaus
- Mehrdimensionalität: Individuelle Lebensweisen kombinieren verschiedene Teilhabeformen
- Ressourcenansatz gegen gesellschaftliche »Defizitkonstruktionen«: Individuen können selbstbestimmt handeln

■ Institutionen und Infrastrukturen inklusiv (barrierefrei) gestalten

- Wechselbeziehung persönlicher und gesellschaftlicher Bedingungen

■ Inklusion als besondere Interventionsstrategie

■ Individualisierte Leistungen bereitstellen

- Adressat/inn/en definieren positive Ergebnisse / Wirkungen
- Wahl- und Entscheidungsrechte achten
- Nutzer/innen sozialer Dienstleistungen beteiligen
- Leistungssysteme fallbezogen koordinieren

■ Orientierung an gesellschaftlich üblichen Teilhabeformen

- Regelsysteme statt Sondersysteme
- z.B. Geldleistungen vor Sachleistungen oder Gutscheinen, Mietvertrag vor stationärer Versorgung

■ Anspruchsregeln sollten ungünstige Teilhabeverläufe nicht fortschreiben

- Allgemeine Rechtsansprüche auf sozialen Ausgleich schaffen
- »Moralisch barrierefreier« Zugang – das Erbe der Fürsorge überwinden

-
- **Kann man das Inklusionskonzept auf Gleichstellungspolitik für Migrant/inn/en ausweiten?**
 - **Bezugnahme auf Teilhabe als gemeinsame Gleichheitsnorm**
 - Spielraum individuell selbstbestimmter Lebensführung
 - Infrastrukturen sichern gleiche Teilhabechancen bei sozialer Differenzierung
 - **Abgrenzung zu Aktivierung und Integration**
 - Beschäftigungsfähigkeit als Wechselbeziehung statt Anpassung ans Beschäftigungssystem und Bearbeitung persönlicher Defizite
 - **»Barrierefreiheit« für Migrant/inn/en braucht eigenen Ansatz**
 - Inklusion nach ICF beruht auf »biopsychosozialem« Modell
 - **Wäre »inklusive Migrationspolitik« strategiefähig?**
 - Für Gleichstellung Behinderter besteht ein besonderer Rechtsanspruch
 - Weiter Standard »inklusive Sozialplanung« ist rechtlich schwach verankert
 - Wie wirken demografische Trends im segmentierten Beschäftigungssystem?
 - Inklusionsbegriff ist behindertenpolitisch besetzt

-
- **Elemente teilhabeorientierter Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit Migrationshintergrund**

 - **Sprachförderung als Voraussetzung kultureller Teilhabe**
 - **Unterstützung in Orientierungs- und Entscheidungssituationen**
 - Mehr Beratung, auch in der Arbeitsvermittlung
 - mehr Aushandlung, Achtung der Person, Entscheidungsrechte
 - **Erweiterung der Unterstützung über Beratung hinaus**
 - Hilfe zur Selbstsuche (Arbeitsvermittlung braucht »ein Gesicht«)
 - Motivierende persönliche Unterstützung
 - Gruppenarbeit, praktische Assistenz, Kooperation mit Fallbeteiligten
 - **Nachteilsausgleich durch Intervention ins Beschäftigungssystem**
 - Begleitung (»Türen öffnen«) bringt in der »Bewerberschlange« nach vorn
 - »Inklusive Institutionen« – z.B. Mindestlohn, Anerkennung von Abschlüssen
 - »Inklusive Förderinstrumente« – Wie wirken »Übergangssystem« beruflicher Bildung und »sozialer Arbeitsmarkt«?